

Das Sparpaket «Angebots- und Strukturüberprüfung» führt zu massivem Leistungsabbau

# Gesundheits- und soziale Angebote bedroht

Die Folgen der Steuersenkungspolitik im Kanton Bern werden immer beängstigender. Im November wird der Grosse Rat über das Sparpaket ASP beraten, welches die Kantonsrechnung ab 2014 um 231 Mio. Franken und ab 2016 um über 400 Mio. Franken entlasten soll. Vom Leistungsabbau sind besonders Menschen mit einem Betreuungs- und Pflegebedarf betroffen: Ganze 56 Prozent der Massnahmen entfallen auf den Gesundheits- und Sozialbereich.



Für die Grünen ist klar, dass die Politik der leeren Kassen – zuerst nicht finanzierte Steuersenkungen, anschliessend massive Sparpakete – zu einer nachhaltigen Schwächung des Kantons Bern führt und den politischen und sozialen Zusammenhalt gefährdet. Viele Massnahmen werden zudem zu blossen Kostenverlagerungen in die Sozialhilfe führen und damit keine nachhaltige Einsparung ermöglichen. Die Grünen werden viele Massnahmen deshalb nicht mittragen können.

Worum geht es im Sparpaket? Insgesamt schlägt der Regierungsrat über 80 Massnahmen vor, welche zu einem Abbau von über 600 Stellen führen werden. Ganz besonders betroffen sind der Gesundheits- und der Sozialbereich. So will der Regierungsrat bei den Institutionen für erwachsene Behinderte einen Abbau von 15,7 (2014) bzw. von 28,7 Mio. Franken (ab 2015) vornehmen. Dieser Abbau ist umso unverständlicher, als sich der Kanton verpflichtet hat, die Umstellung auf die Subjektfinanzierung nicht zulasten der Menschen mit einer Behinderung umzusetzen; diese Absichtserklärung verkommt mit der Sparmassnahme zur Leerfloskel.

Bei der Suchthilfe will der Regierungsrat zwei Millionen Franken sparen. Damit werden

die beiden zentralen Präventions- und Schadenminderungspfeiler der 4-Säulen-Politik unterminiert. Es ist keine Frage, dass die eingesparten Kosten innerhalb kürzester Zeit in anderen Kassen wieder anfallen werden. In den drei kantonalen Psychiatriebetrieben sind Einsparungen von 9,1 Mio. Franken und ein Abbau von sechzig Stellen vorgesehen; insbesondere nach dem bereits dieses Jahr erfolgten Abbau von 4,7 Mio. Franken ist dies nicht mehr verantwortbar. Die Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen und bei den Verbilligungen für die Krankenkassenprämien treffen breitere Bevölkerungsschichten, namentlich Menschen mit unteren und mittleren Einkommen; sie erschweren die Lebensbedingungen einer Bevölkerungsgruppe, welche auf Unterstützung und nicht auf zusätzliche Hürden angewiesen ist. Schliesslich sollen bei der Spitex mit vier verschiedenen Massnahmen an die 20 Mio. Franken pro Jahr eingespart werden.

Was sagen Betroffene zu diesen Sparmassnahmen? Drei Institutionen geben einen Einblick in die absehbaren Folgen dieser Sparpolitik.

*Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat*

## Werkstatt existenziell bedroht



«Unsere Werkstatt wäre existenziell bedroht, d.h. 170 Menschen mit Behinderung könnten ihren geschützten Arbeitsplatz und damit ihren Lebensinhalt verlieren, weil sie im ersten Arbeitsmarkt definitiv keine Chance hätten. Im Wohnbereich müssten wir aufgrund des drohenden Stellenabbaus auf Spaziergänge, begleitetes Einkaufen oder Ausflüge verzichten.»

*Kathrin Wanner, Geschäftsführerin Stiftung BWO*

## Ohne Versorgungspflicht keine garantierte Grundversorgung



«Das Sparpaket ASP erschüttert die ambulante Grundversorgung, gefährdet die öffentlichen Spitex-Organisationen und damit die Versorgungssicherheit. Die Regierung nimmt damit in Kauf, dass die öffentliche Spitex bis zu 700 Stellen abbauen muss; sie widerruft ihre Strategie «ambulant vor stationär». Bereits 2011 hat die Spitex 24 Prozent sparen müssen. Trotzdem soll die Spitex mit ASP mehr sparen als alle anderen Bereiche der Gesundheitsversorgung – neunmal mehr als andere Anbieter im Gesundheitsbereich!»

*Jürg Schläfli, Geschäftsleiter SPITEX Verband Kanton Bern*

## Sparen bei der Prävention: ein Bumerang



«Die Berner Gesundheit trägt dazu bei, soziale Kosten aufgrund von Suchtverhalten – Alkohol, Tabak, Medikamente, Glücksspiel usw. – mit Präventionsangeboten zu minimieren. Das Sparpaket sieht im Bereich der Suchthilfe einen Abbau von zwei Millionen Franken vor. Vorausschauende Prävention ist jedoch immer günstiger als nachträgliche Schadensminderung, gerade auch für die öffentliche Hand. Einsparungen bei der Prävention verkommen finanzpolitisch schnell zum Bumerang.»

*Bruno Erni, Geschäftsführer Berner Gesundheit*

## Öffentliche Veranstaltung

### Streitgespräch zwischen Blaise Kropf (Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat) und Adrian Haas (Grossrat FDP)

Der Kanton Bern schnürt das grösste Sparpaket aller Zeiten. Der Leistungsabbau trifft zu einem überproportionalen Anteil sozial schlechter gestellte Bevölkerungskreise. Wie ist es dazu gekommen? Welche Folgen haben die Massnahmen für die Bevölkerung? Was bedeutet der Abbau für den sozialen und regionalen Zusammenhalt im Kanton Bern? Und welche Lehren ziehen wir für die Zukunft?

Diese und weitere Fragen diskutieren Adrian Haas (Grossrat FDP, Handels- und Industrieverein Kanton Bern) und Blaise Kropf (Grossrat Grüne, Präsident Grüne Kanton Bern).

**Dienstag, 17. September, 20 Uhr, Politforum Käfigturm, 2. Stock, Marktgasse 67, Bern**

# Beruhigung im Reformdschungel

**Bernhard Pulver ist seit 2006 Regierungsrat für die Grünen. Nach den Sommerferien hat er bekanntgegeben, dass er 2014 erneut zu den Wahlen antritt. Ein Rückblick auf sieben Jahre als Erziehungsdirektor und ein Ausblick auf die nächsten Ziele.**

«Ich habe mich in diesem Sommer entschieden, für eine weitere Legislatur als Regierungsrat zu kandidieren. Es schien mir nach reiflicher Überlegung doch zu früh, nach acht Jahren der Verlockung, wieder etwas anderes zu tun, nachzugeben. Trotz starker Belastung und nicht selten politischem Gegenwind überwiegen das Positive, die erreichten Dinge, die Gestaltungspotenziale und die Freude, die Politik im Kanton Bern an dieser Stelle mitzugestalten.

Wenn ich einen Rückblick auf die letzten sieben Jahre mache, so stelle ich fest, dass vieles von dem, was ich mir – namentlich in meinem Wahlprogramm 2006 – vorgenommen hatte, realisiert werden konnte. Das hat verschiedene Gründe – ein zentraler Grund war und ist aber die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat.

## Freiräume in der Bildung weiterentwickeln

Mit dem Ausbau der Tagesschulen und den flächendeckenden Blockzeiten konnten wir die Volksschule familienfreundlicher gestalten – mit der Revision des Volksschulgesetzes hat Bern hier eine Führungsrolle übernommen. Die beschlossene freiwillige Basisstufe ist eine pädagogische Innovation. Die Lehrstellenkrise ist vergessen – die Anzahl Lehrstellen erreicht jährlich neue Rekordwerte und die Zahl der Jugendlichen ohne Anschlusslösung konnte seit 2007 um 40 Prozent reduziert werden. Im Hochschulbereich konnten wir die Autonomie der Universität, der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule stärken.

Insgesamt ist es gelungen, eine Beruhigung im Reformdschungel zu erreichen. Anstehende und schon beschlossene Reformen werden sorgfältig umgesetzt. Neue strukturelle Projekte stehen kaum an.

Als Ziel für die nächsten Jahre möchte ich



es der Bildungswelt ermöglichen, dass sich Unterrichtende auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Dazu sollen sie Freiräume behalten und diese bewirtschaften. Im Rahmen eines breiten pädagogischen Dialogs sollen sich die Schulen und die Bildungsinstitutionen von unten weiterentwickeln können. Die Erziehungsdirektion wird dazu Diskussionsplattformen anbieten.

## Kulturstandort Bern stärken

In der Kultur hat die Regierung die von vielen Seiten geforderte Kulturstrategie erarbeitet, das Kulturförderungsgesetz revidiert, die Filmförderung ausgebaut, die Kulturvermittlung gestärkt und mit der Fusion von Symphonie-Orchester und Stadttheater in Bern und Biel wesentliche strukturelle Verbesserungen erreicht. Das Amt für Kultur schreitet mit einer erneuerten Führungscrew in die Zukunft und wird in den nächsten Jahren weitere Akzente setzen.

## Lösungsorientierte Politik weiterführen

In der aktuellen Legislatur musste ich mit der Lohn- und der Pensionskassenvorlage grosse, oft belastende Dossiers bewältigen. Nicht überall konnte ich dabei die aus Sicht der Regierung richtige Lösung erreichen. Gute Anstellungsbedingungen bleiben aber ein zentrales strategisches Ziel, und ich darf mit Freude feststellen, dass der finanzielle Spielraum erarbeitet wurde, um in den nächsten Jahren den nötigen Gehaltsaufstieg zu finanzieren.

Persönlich bedauere ich die Verhärtung in der politischen Diskussion. Mein Ziel ist und bleibt, zu einer lösungsorientierten Politik beizutragen und mit dieser Art Politik eine zentrale Achse meines Wahlprogramms 2006 umzusetzen.»

*Bernhard Pulver, Regierungsrat,  
Erziehungsdirektor des Kantons Bern*

## Gemeinsam für einen starken Kanton Bern



Am 30. März 2014 werden im Kanton Bern der Regierungsrat und der Grosse Rat neu gewählt. Im Regierungsrat besteht seit dem Jahr 2006 eine rot-grüne Mehrheit. Trotz schwierigen Rahmenbedingungen – Finanzlage, erdrückende bürgerliche Oppositionspolitik im Grossen Rat – konnte der rot-grüne Regierungsrat wichtige Verbesserungen erreichen.

Die Grünen wollen alles dafür tun, um neben der Verteidigung des Mandats von Bernhard Pulver auch die Regierungsmehrheit zu erhalten. Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen: Energiewende, Gesundheitspolitik, Raumplanung sowie Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung sind einige Stichworte. Um hier voranzukommen, braucht es ein Miteinander statt eines Gegeneinanders. Es braucht Sachpolitik statt

ideologischer Reinheit. Genau für diese Eigenschaften stehen Bernhard Pulver und seine SP-Regierungspartner.

Gemeinsam wollen wir die Wahlen 2014 gewinnen – gemeinsam für einen starken Kanton Bern! Dabei sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

*Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern,  
Grossrat*

Die Grünen Kanton Bern lehnen «Fracking» entschieden ab

# Neuen Raubbau verhindern

**Die öffentliche Debatte um die Förderung unkonventionellen Erdgases hat seit einem Jahr auch die Schweiz erreicht. Die dabei angewandte Methode, das Fracking, bei der Unmengen an Wasser und giftige Chemikalien in den Boden gepumpt werden, führt zu grossen Umweltschäden und torpediert die nachhaltige Energiewende. Die Grünen Kanton Bern lehnen die Förderung von unkonventionellen fossilen Ressourcen darum entschieden ab.**



«Fracking» (von Hydraulic Fracturing) ist eine Methode zur Förderung von Erdgas und Erdöl, das im Gegensatz zu konventionellen Vorkommen in tieferen Gesteinsschichten lagert. Was unverdächtig klingen mag, ist in Tat und Wahrheit eine äusserst umweltgefährdende Technologie: Beim Fracking werden mit jeder Tiefbohrung ein giftiger Chemikalien-Cocktail, Millionen Liter Süsswasser und Quarzsand in den Boden gepumpt, um das Erdgas über künstliche Risse aus dem Gestein zu lösen und an die Oberfläche zu transportieren.

Fracking hat insbesondere in den USA zu einem regelrechten Förderboom geführt. Heute warnen allerdings immer mehr Experten vor einer voreiligen Euphorie. Gleichwohl hoffen ausländische Firmen nun auch in der Schweiz auf das grosse Geschäft mit der umweltschädigenden Fördermethode.

## Fracking gefährdet Trinkwasserversorgung

Fracking führt zu grossen Umweltbelastungen: Bei den Bohrungen werden toxische Schlämme gebildet, die das Grundwasser, oberirdische Gewässer, den Boden und die Luft verschmutzen. Verschiedene amerikanische Studien kommen zum Schluss, dass die Trinkwasserqualität im Umfeld von Fracking-Anlagen schlechter ist als anderswo. Zudem seien Brunnen wegen Fracking häufig mit Methan, Ethan und Propan belastet.

Besonders problematisch ist, dass in den

meisten Fällen nicht bekannt ist, wie sich die verwendeten Chemikalien-Cocktails zusammensetzen. Das ist umso stossender, weil ein Teil der in die tiefen Gesteinsschichten gepressten Chemikalien-Mischung dauerhaft im Boden verbleibt. Der Abbau von Schiefergas durch Fracking ist zudem sehr energie- und ressourcenintensiv: Pro Bohrloch werden bis zu 30 Millionen Wasser verbraucht, um die nötigen Risse im Gestein zu schaffen.

## Fracking: Auch aus wirtschaftlicher und raumplanerischer Perspektive Gift

Fracking ist nicht nur aus ökologischer, sondern ebenso aus ökonomischer Perspektive ein Alptraum. In den USA setzte die Förderspirale auch eine Preisspirale in Gang: Der Boom führte zum Überfluss und die Gaspreise fielen in den Keller. Wirtschaftsexperten warnen, dass die Gier nach Gas im schlimmsten Fall ähnliche Folgen haben könnte wie der Immobilienhype im Jahr 2008.

Wer nun dank Fracking das grosse Geschäft für den Kanton Bern wittert, liegt falsch: Die Geldgeber für potenzielle Bohrungen in der Schweiz stammen meist aus dem Ausland, wohin auch der überwiegende Teil der Gewinne fliessen würden. Das teure Unterfangen Fracking ist zudem auch in einer finanziellen Betrachtungsweise alles andere als nachhaltig. Die Förderleistung eines neuen Bohrlochs sinkt schon im ersten Jahr um 30 bis 90 Prozent. Das hat verheerende Folgen: Um weiterhin genügend Gewinn zu erzielen, werden

immer schneller immer mehr Löcher in den Boden gebohrt. Immer neue Bohrlöcher bedeuten aber einen immensen Verschleiss an wertvollem Kulturland und eine Verschandelung der Landschaft mit hässlichen Bohrtürmen.

## Grüne wollen Raubbau im Kanton Bern verhindern

Zurzeit haben im Kanton Bern zwei Konsortien mit ausländischer Beteiligung eine Bewilligung, um nach Erd- und Schiefergas zu suchen. Zum Ausführen von Bohrungen benötigen die Unternehmen eine zusätzliche Bewilligung, zur Förderung von Gas schliesslich eine Konzession. Zur Enttäuschung der Grünen hat sich der Regierungsrat in einer Vorstossantwort jüngst dagegen ausgesprochen, die problematische Methode für die Förderung von Schiefergas im Kanton Bern zu verbieten.

## Energiewende vorantreiben statt energiepolitische Steinzeit verlängern

Der sicherste Weg, Umweltschäden durch Fracking zu verhindern, ist der rasche Umstieg auf eine vollständig erneuerbare Energieversorgung. Fracking hingegen bedeutet nichts anderes als der Verbleib in der energiepolitischen Steinzeit: Grossunternehmen drücken die Erde aus wie eine Zitrone und verlängern unsere Abhängigkeit von fossilen Ressourcen. Die Grünen Kanton Bern wehren sich gegen diesen neuen Raubbau und werden sich mit den geeigneten Mitteln gegen Fracking im Allgemeinen und einzelne Bohrungen im Speziellen einsetzen.

*Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern*



Fracking: Verseuchung der Umwelt, Verschandelung der Landschaft



Eidgenössische Abstimmungen vom 22. September 2013

# Wehrpflicht ade

Am 22. September 2013 stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht ab. Es ist an der Zeit, diesen alten Zopf abzuschneiden. Die Schweiz hat im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand die grösste Armee in ganz Europa. Mit einem Ja zur Initiative bekennen wir uns zu einer veränderungsoffenen Gesellschaft.



Die Schweiz ist sicher, der Schweiz geht es gut. Trotzdem ist der Ruf nach einer grossen und starken Armee immer wieder auf dem politischen Parkett. Die Schweizer Armee besteht heute aus 200 000 Soldaten. Somit hat die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand die grösste Armee in ganz Europa. Die Wehrpflicht ist jedoch veraltet. Die Gesellschaft verändert sich – so sollte sich auch die Armee verändern.

Die Armee verursacht jedes Jahr ca. 4,5 Mrd. Franken direkte Kosten, bezahlt durch uns SteuerzahlerInnen. Weitere Forderungen aus dem VBS stehen im Raum, zum Beispiel der Kauf des Kampfjets Gripen. Rechnen wir die Dienstage hoch, welche Männer leisten, kommen wir auf ca. 6,5 Millionen Dienstage. Damit entstehen durch die Armee rund 4 Mrd. Franken indirekte Kosten, die der Volkswirtschaft entgehen. Die Schweiz leistet sich so eine der teuersten Armeen der Welt.

Im momentanen Schweizer Sparrausch könnten diese Gelder fraglos sinnvoller eingesetzt werden: Statt bei der Bildung ist bei der Armee zu sparen. Mit der Aufhebung der Wehrpflicht würde die Armee deutlich günstiger.

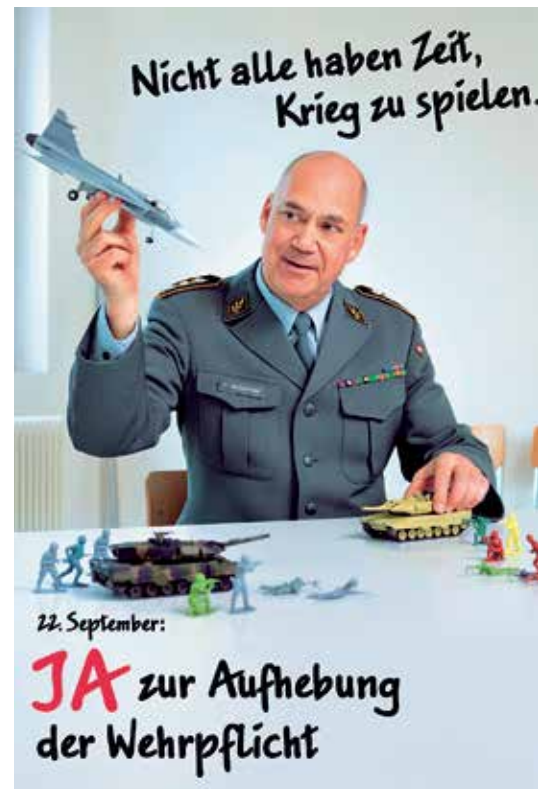
## Mythos Wehrpflicht: teuer und nicht zeitgemäss

Die Wehrpflicht ist nur noch ein Mythos. Bereits heute leisten nur jene Männer ihren Militärdienst vollständig, die wirklich wollen: Nur noch knapp 30 Prozent leisten den ganzen Militärdienst. Alle anderen gelten als «untauglich», verschieben ihre WKs bis zur Ausmusterung oder leisten Zivildienst. Der Aufwand dafür ist jedoch grösser und teurer, als wenn gewählt werden könnte, welche Form von Dienst man bevorzugt.

Mit Annahme der Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht kann niemand mehr zum Militärdienst gezwungen werden. Jede Schweizerin, jeder Schweizer kann selber entscheiden, ob sie oder er Dienst leisten will. Eine freiwillige Milizarmee wird jedoch auch mit Annahme der Initiative möglich sein, der Zivildienst wird weiterhin auf freiwilliger Basis für alle offen stehen.

Stehen wir also ein für eine veränderungsoffene Gesellschaft und sagen wir Ja zur Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht.

*Aline Trede, Nationalrätin Grüne*



## Politik, die bewegt

Wir freuen uns über engagiertes Mitwirken und tatkräftige Unterstützung. Lernen Sie uns kennen – zum Beispiel am nächsten Treffen für Interessierte am 17. September, 19 Uhr (Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, Bern). Weitere Veranstaltungen: [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch) → Agenda

Eidgenössische Abstimmungen vom 22. September 2013

# Nein zu Sonntags- und Nachtarbeit



Der Sonntag ist anders. Alle sieben Tage freiere Luft zum Atmen. Ausschlafen. Brunchen. Zusammen etwas unternehmen. Alleinsein. Zur Kirche gehen. Erzählen. Sport. Besuchen. Draussensein. Lieben. Familienfeier. Spielen.

Möglichst alle Leute sollen Sonntag haben können. Gemeinsam. Nun haben die eidgenössischen Räte im Arbeitsgesetz neu beschlossen, dass «in Tankstellenshops, deren Waren- und Dienstleistungsangebot in erster Linie auf die Bedürfnisse der Reisenden aus-

gerichtet ist, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sonntags und in der Nacht beschäftigt werden» dürfen.

Naja, denke ich zuerst, nicht weiter schlimm. Aber: «Sonntags und in der Nacht beschäftigt». Ohne «wenn». Das ist doch schlecht. Sonntagsarbeit kann das Gemeinschaftliche des Sonntags zerstören. Kann das Symbol Sonntag zerstören. Nachtarbeit kann die Gesundheit zerstören. Vielleicht ist das ein Schrittchen auf dem Weg zu immer mehr Nachtarbeit und Sonntagsarbeit.

Das will ich nicht. Gut, dass es die Allianz

«Freier Sonntag Schweiz» gibt. Mit Gewerkschaften, Angestelltenverbänden, Kirchen, linken Parteien – auch mit uns Grünen. Dank ihrem Referendum stimmen wir am 22. September über die Änderung des Arbeitsgesetzes ab. «Sonntags und in der Nacht beschäftigt?» Neinnein!

*Conradin Conzetti, GFL Bern, Pfarrer*